



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 06. März 2026 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die weltpolitische Lage hat sich in den vergangenen Tagen erneut dramatisch zuspitzt. Der Krieg im Iran und die militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten sorgen weltweit für große Sorge – zuallererst bei den Menschen in der Region selbst, aber auch bei vielen Deutschen, die sich aktuell vor Ort befinden. Die Bundesregierung hat Unterstützung für Rückkehrer angekündigt. Gleichzeitig beobachten wir die möglichen wirtschaftlichen Folgen sehr genau, etwa für Energiepreise und Lieferketten. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir deshalb eine Taskforce eingerichtet, die die Lage kontinuierlich analysiert und mögliche Auswirkungen auf Deutschland bewertet. Besonnenheit und Vorbereitung sind in dieser Situation wichtiger als vorschnelle politische Reaktionen.

Der Tod des iranischen Machthabers Ali Khamenei eröffnet möglicherweise eine neue politische Dynamik in der Region. Zugleich bleibt die Lage hochsensibel. Die militärischen Aktionen der USA und Israels bergen Chancen, aber auch erhebliche Risiken für die Stabilität des Nahen Ostens.

Umso wichtiger ist ein besonnenes und eng abgestimmtes Vorgehen mit unseren europäischen Partnern. Außenpolitik braucht in solchen Momenten klare Haltung, aber auch diplomatische Umsicht.

In diesem Kontext kommt auch der Reise von Bundeskanzler Friedrich Merz nach Washington besondere Bedeutung zu. Das Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump zeigt: Deutschland spricht selbstbewusst mit seinen Partnern und vertritt dabei klar seine Interessen – sicherheitspolitisch wie wirtschaftlich. Gerade für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie die unsere sind stabile internationale Beziehungen ein entscheidender Standortfaktor. Eine starke deutsche Stimme in der Welt ist immer auch eine gute Nachricht für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land.

Innenpolitisch war die Abschaffung des Bürgergelds zentrales Thema dieser Woche.

Herzlich,
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Deutsches Krisenmanagement im Nahen Osten**
- **Neue Grundsicherung stellt Fördern und Fordern in den Mittelpunkt**
- **Gute Nachricht: Bund fördert Mobilität und Kultur in Bad Homburg**

Deutsches Krisenmanagement im Nahen Osten.

Die Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten beschäftigt auch Deutschland intensiv. Die Bundesregierung verfolgt die Lage seit Beginn der Krise in enger Abstimmung mit internationalen Partnern und hat umfassende Maßnahmen ergriffen, um deutsche Staatsangehörige in der Region zu unterstützen und ihre Ausreise zu ermöglichen.

Hierfür tagt der Krisenstab der Bundesregierung regelmäßig, während das Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amts rund um die Uhr arbeitet. Die deutschen Auslandsvertretungen stehen in engem Kontakt mit Betroffenen vor Ort und informieren kontinuierlich über die aktuelle Sicherheitslage sowie mögliche Ausreisewege. In Zusammenarbeit mit der Reisewirtschaft werden Rückreisemöglichkeiten organisiert, etwa durch Sonderflüge aus der Region sowie durch alternative Ausreisemöglichkeiten über Nachbarländer. Gleichzeitig wurden zusätzliche Krisenunterstützungsteams in mehrere Staaten der Region entsandt, um vor Ort Hilfe zu leisten und logistische Ausreisen zu unterstützen.

Parallel dazu stimmt sich die Bundesregierung intensiv mit europäischen Partnern sowie mit Regierungen der Region ab. Ziel ist es, die Sicherheit deutscher Staatsbürger zu gewährleisten, diplomatische Lösungen zu unterstützen und eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern.

***Standpunkt:** Gerade in internationalen Krisensituationen zeigt sich, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat und ein funktionierender diplomatischer Dienst sind. Die Bundesregierung trägt Verantwortung für deutsche Staatsangehörige – auch und gerade in unsicheren Regionen. Dass schnell Krisenstrukturen aktiviert, Ausreisen organisiert und diplomatische Kontakte genutzt werden, ist Ausdruck dieser Verantwortung.*

Gleichzeitig bleibt die politische Linie Deutschlands klar: Wir verurteilen die Angriffe Irans, die sich nicht nur gegen die Kriegsteilnehmer USA und Israel, sondern auch auf zivile Ziele der militärisch unbeteiligten Nachbarstaaten richten und zu einer maßgeblichen Eskalation der Lage beitragen. In einer Situation voller Unsicherheiten kommt es darauf an, besonnen zu handeln, deutsche Interessen zu schützen und zugleich diplomatische Lösungen im Blick zu behalten. •

Neue Grundsicherung stellt Fördern und Fordern in den Mittelpunkt.

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche die Einführung der neuen Grundsicherung beschlossen. Damit wird das bisherige Bürgergeld abgelöst und ein zentrales Reformvorhaben der Bundesregierung umgesetzt. Ziel der Reform ist es, den Sozialstaat stärker auf Aktivierung und Integration in Arbeit auszurichten.

Künftig steht die Vermittlung in Beschäftigung wieder klar im Mittelpunkt der Jobcenter-Arbeit. Wer arbeiten kann, soll schneller in Arbeit gebracht werden. Gleichzeitig werden die Instrumente der Jobcenter erweitert, um Menschen gezielter auf dem Weg in Beschäftigung zu unterstützen. Dazu gehören unter anderem verbesserte Fördermöglichkeiten für Langzeitarbeitslose sowie größere finanzielle Spielräume für individuelle Unterstützungsmaßnahmen.

Ein weiterer Bestandteil der Reform sind klarere Mitwirkungspflichten. Wer Termine bei der Arbeitsvermittlung nicht wahrnimmt oder zumutbare Arbeit ablehnt, muss künftig mit Leistungskürzungen rechnen. Härtefälle werden weiterhin berücksichtigt. Zugleich werden die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch verbessert.

Mit der neuen Grundsicherung soll der Grundsatz „Fördern und Fordern“ wieder stärker gelten: Unterstützung für diejenigen, die Hilfe benötigen – aber auch die klare Erwartung, aktiv an der eigenen Integration in Arbeit mitzuwirken.

Standpunkt: Die Reform der Grundsicherung ist ein wichtiger Schritt hin zu einem fairen und leistungsorientierten Sozialstaat. Wer Unterstützung braucht, soll sie bekommen – aber der Sozialstaat darf keine dauerhafte Alternative zur Erwerbsarbeit sein. Arbeit bedeutet nicht nur Einkommen, sondern auch Teilhabe, Selbstständigkeit und gesellschaftliche Anerkennung. Deshalb ist es richtig, den Fokus wieder stärker auf Vermittlung und Eigenverantwortung zu legen.

Gleichzeitig müssen diejenigen unterstützt werden, die besondere Hürden auf dem Weg in Beschäftigung haben.

Mit der neuen Grundsicherung stärken wir das Vertrauen in den Sozialstaat: Er hilft, wenn Hilfe nötig ist – aber er erwartet auch, dass jeder seinen Beitrag leistet, wenn er dazu in der Lage ist. •

Wolf künftig im Jagdrecht.

Der Bundestag hat in dieser Woche eine Änderung des Bundesjagdgesetzes beschlossen, mit der der Wolf künftig in das Jagdrecht aufgenommen wird. Damit wird ein weiterer Schritt unternommen, um einen ausgewogenen Umgang zwischen Artenschutz und dem Schutz der Weidetierhaltung zu ermöglichen.

Mit der neuen Regelung kann der Wolf künftig – sofern ein günstiger Erhaltungszustand der Population festgestellt wird – regulär bejagt werden. Insbesondere sogenannte Problemwölfe können damit schneller entnommen werden. Ziel ist es, Weidetierhalter besser zu schützen und Konflikte zwischen Wolfspopulation und Nutztierhaltung zu reduzieren.

Gerade in Regionen mit intensiver Weidewirtschaft, etwa auf Deichen oder Almen, entstehen zunehmend Probleme durch Wolfsrisse.

Die neue gesetzliche Grundlage soll deshalb dazu beitragen, dass gefährdete

Weidegebiete besser geschützt werden können und die Behörden schneller handeln können. Die Aufnahme in das Jagdrecht schafft hierfür klarere Zuständigkeiten und praktikablere Verfahren.

Mit der Entscheidung reagiert der Bundestag auf die stark gewachsene Wolfspopulation in Deutschland und auf die berechtigten Sorgen vieler Weidetierhalter.

Standpunkt: *Der Schutz von Arten und der Schutz unserer Kulturlandschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Wolf ist eine geschützte Art – aber seine Population hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erholt. Gleichzeitig stehen viele Weidetierhalter unter zunehmendem Druck.*

Mit der Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht schaffen wir einen realistischen Ausgleich zwischen Naturschutz und landwirtschaftlicher Praxis. Wer Weidetiere hält, muss sich darauf verlassen können, dass der Staat seine Schutzinteressen ernst nimmt.

Eine nachhaltige Landwirtschaft und eine gepflegte Kulturlandschaft sind ohne Weidetierhaltung kaum denkbar. Deshalb ist es richtig, die rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen und den Umgang mit dem Wolf praxisnah zu gestalten. •

Sicherheitslage in Ostafrika im Blick

In dieser Woche habe ich mich mit Jan-Ole Voß, dem neuen Leiter des Regionalprogramms Sicherheitspolitischer Dialog Ostafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung, zu einem ausführlichen Gespräch im Bundestag getroffen. Das Programm mit Sitz in Nairobi begleitet sicherheitspolitische Entwicklungen in einer Region, die für Stabilität und Kooperation auf dem afrikanischen Kontinent von großer Bedeutung ist.



Im Mittelpunkt unseres Austauschs stand die aktuelle Lage vor Ort. Die Spannungen zwischen Äthiopien und Eritrea nehmen erneut zu, und viele Beobachter befürchten eine weitere militärische Eskalation. Gleichzeitig bleibt die Situation im Sudan weiterhin äußerst kritisch: Der anhaltende Bürgerkrieg hat dramatische humanitäre Folgen und destabilisiert zunehmend die gesamte Region.

Deutlich wurde in unserem Gespräch auch: Ostafrika ist nicht nur eine Region mit großen Herausforderungen, sondern zugleich ein strategisch wichtiger Partnerraum für Europa – etwa mit Blick auf Sicherheit, Migration, wirtschaftliche Zusammenarbeit und geopolitische Stabilität. Entwicklungen vor Ort haben daher auch unmittelbare Auswirkungen auf europäische Interessen. Ich danke Jan-Ole Voß für die wertvollen Einblicke aus seiner Arbeit und freue mich auf den weiteren Austausch zu den sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Region. •

Deutschland und Japan: Partner in einer unsicheren Welt.

Am Rande dieser Plenarwoche hatte ich Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit der japanischen Botschafterin in Deutschland, Shino Mitsuko. Der Austausch zeigte einmal mehr, wie eng Deutschland und Japan als demokratische Partner in einer zunehmend unsicheren Welt miteinander verbunden sind.

Im Mittelpunkt unseres Gesprächs standen aktuelle geopolitische Entwicklungen in Ostasien. Die wachsenden Spannungen zwischen China und mehreren Staaten der Region stellen eine Herausforderung für Stabilität und internationale Ordnung dar. Gerade in einer solchen Lage kommt der Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten Partnern eine besondere Bedeutung zu.

Ein weiterer Schwerpunkt war die wirtschaftspolitische Perspektive. Japan arbeitet intensiv daran, seine wirtschaftliche Resilienz zu stärken und strategische Abhängigkeiten – insbesondere von China – zu reduzieren. Diese Fragen beschäftigen auch Deutschland und Europa, sodass ein enger Austausch über wirtschaftspolitische Strategien besonders wertvoll ist.



Darüber hinaus sprachen wir über die Rolle der japanischen Diaspora in Deutschland, die als Brücke zwischen unseren Gesellschaften wirkt, sowie über Japans wachsendes Engagement auf dem afrikanischen Kontinent.

Gerade im Hinblick auf wirtschaftliche Entwicklung, Infrastruktur und Partnerschaften eröffnet dies interessante Perspektiven für eine vertiefte internationale Zusammenarbeit.

Ich danke Botschafterin Shino herzlich für das offene und angenehme Gespräch und freue mich auf die Fortsetzung unseres Austauschs. •



Partnerschaft mit der afrikanischen Entwicklungsbank vertiefen.

Gemeinsam mit meinen Kollegen Wolfgang Stefinger (CSU), Jürgen Coße und Sanae Abdi (beide SPD) hatte ich die Gelegenheit zu einem Austausch mit Dr. Sidi Ould Tah, dem Präsidenten der Afrikanischen Entwicklungsbank. Im Mittelpunkt unseres Gesprächs stand die Weiterentwicklung der engen Partnerschaft zwischen Deutschland und der Bank, die eine zentrale Rolle bei der Finanzierung von Infrastruktur, wirtschaftlicher Entwicklung und nachhaltigem Wachstum auf dem afrikanischen Kontinent spielt.

Ein wichtiges Thema war die demografische Entwicklung in Afrika. Viele Länder erleben derzeit eine sehr junge und weiter wachsende Bevölkerung. Diese Dynamik birgt enorme Chancen – etwa für Innovation, Unternehmertum und wirtschaftliche Entwicklung – stellt Politik und Wirtschaft aber zugleich vor große Herausforderungen, insbesondere bei Bildung,

Beschäftigung und wirtschaftlicher Perspektivschaffung für junge Menschen.

Darüber hinaus sprachen wir über Rahmenbedingungen für Investitionen. Deutsche Unternehmen bringen Technologie, Ausbildungskompetenz und langfristiges Engagement mit – dennoch bestehen weiterhin Hürden, die Investitionen erschweren. Hier können internationale Finanzinstitutionen wie die Afrikanische Entwicklungsbank eine wichtige Rolle spielen, etwa durch Risikoteilung, Projektfinanzierung und die Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

Ich danke Dr. Sidi Ould Tah für den offenen und konstruktiven Austausch. Gespräche wie diese zeigen, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Entwicklungsbanken und Wirtschaft ist, um nachhaltige Partnerschaften zwischen Europa und Afrika weiter zu stärken. •

Die gute Nachricht der Woche **Bund fördert Kultur und klimafreundliche Mobilität in Bad Homburg.**

Es gibt gute Nachrichten für unseren Wahlkreis: Gleich zwei Förderentscheidungen bringen zusätzliche Unterstützung aus Bundesmitteln für wichtige Projekte vor Ort.

Zum einen wird die Sanierung der historischen Sauer-Orgel in der Erlöserkirche in Bad Homburg durch den Bund unterstützt. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat beschlossen, sich im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms mit 117.691,50 Euro an der Restaurierung zu beteiligen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Erhalt eines bedeutenden kulturhistorischen Instruments, das weit über die Region hinaus geschätzt wird und ein prägender Bestandteil unseres kulturellen Erbes ist.



Zum anderen profitiert der öffentliche Nahverkehr in unserer Region von der Förderung klimafreundlicher Busse der Stadt Bad Homburg durch das Bundesministerium für Verkehr. Hier kam es in der vergangenen Woche zur Übergabe eines Fördermittelbescheids durch Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder an die Vertreter der Stadt Bad Homburg unter Führung von Bürgermeister Dr. Oliver Jedynek. Mit der technologieoffenen Förderrichtlinie für alternative Busantriebe unterstützt der Bund die Einführung emissionsarmer Fahrzeuge im öffentlichen Personennahverkehr.

Diese Förderung hilft dabei, moderne und klimafreundliche Mobilität vor Ort weiter auszubauen und gleichzeitig die Luftqualität sowie den Klimaschutz zu verbessern.

Beide Entscheidungen zeigen, wie wichtig eine starke Verbindung zwischen Bundespolitik und regionalen Projekten ist – ob beim Erhalt unseres kulturellen Erbes oder bei der Modernisierung unserer Verkehrsinfrastruktur.

Als Wahlkreisabgeordneter freue ich mich sehr über diese Unterstützung für unsere Region. •